

nen und der Kollektive noch besser mit den gesellschaftlichen Erfordernissen in Übereinstimmung zu bringen. Daß die Prinzipien der Eigenerwirtschaftung der Mittel angewandt wurden, begann sich bald positiv auf die Erhöhung der Effektivität der Arbeit mit den produktiven Fonds und auf die Investitionstätigkeit auszuwirken. Mit diesen Parteibeschlüssen belebte sich in den Betrieben, VVBs und Ministerien die Atmosphäre ökonomischen Denkens.

Das Zentralkomitee betrachtet es als wesentliche Aufgabe, um der proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft willen zu sichern, daß die Entwicklung der Zweige und Bereiche mit jener der Bezirke übereinstimmt. Die 10. Tagung des Zentralkomitees bestätigte das Dokument „Über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe unter den Bedingungen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“. Damit wurde eine neue Etappe der Verantwortlichkeit der örtlichen Volksvertretungen und ihrer wissenschaftlichen Führungstätigkeit eröffnet.

In der Berichtsperiode wurden auch Schritte zu einer rationelleren Standortverteilung der Produktion und der Investitionen eingeleitet. Die in den Bezirken und Kreisen vorhandenen Ressourcen konnten intensiver genutzt werden. Mit der konzentrierten Durchführung volkswirtschaftlich entscheidender Investitionsvorhaben in den Bezirken gelang es, die gesamtwirtschaftlichen Aufwendungen zu senken. Zugleich wurden die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessert. Dabei erwiesen sich die von der Staatlichen Plankommission in den Bezirken durchgeführten Komplexberatungen über Grundfragen der Bezirke und Zweige als zweckmäßig.

Die 14. Tagung des Zentralkomitees wertete die Tätigkeit der Arbeitsgruppe des Politbüros und des Ministerrates im Bezirk Halle aus. Dabei wurde die Staatliche Plankommission kritisch darauf hingewiesen, die sich aus dem neuen Planungssystem und den Rationalisierungskonzeptionen ergebenden Schlußfolgerungen für die Perspektivpläne der Bezirke rechtzeitig und gründlich zu durchdenken. Die Pläne der Bezirke waren zu detailliert von oben vorgegeben worden. Das schränkte die Initiative der gewählten Volksvertretungen in den Bezirken und Kreisen ein.

Einige zusätzliche Schwierigkeiten entstanden durch die isoliert betriebene Ausarbeitung von Gebietsentwicklungsplänen. Deshalb wurden Maßnahmen notwendig, um die Rolle und Verantwortung der Staatsorgane in den Bezirken und Kreisen zu stärken. Sie dienen dazu, in Übereinstim-